

Insolvenzen in Deutschland

■ I. Halbjahr 2012

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung

INHALT

SEITE

1	Insolvenzgeschehen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen für Deutschland im 1. Halbjahr 2012	1
1.2	Verluste und Schäden durch Insolvenzen	2
1.3	Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste	4
1.4	Entwicklung in den Regionen und Bundesländern	5
1.5	Insolvenzen nach Rechtsformen	7
1.6	Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter	9
1.7	Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen und Großinsolvenzen	12
2	Wirtschaftspolitisches und rechtliches Umfeld	19
2.1	Makroökonomische Rahmenbedingungen – BIP und Insolvenzen	19
2.2	Finanzierung und Zahlungsverhalten – der DRD-Index	22
2.3	Neuerungen im Insolvenzrecht und die Folgen	24
3	Zusammenfassung	29

■ **1 Insolvenzgeschehen**
1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland
im 1. Halbjahr 2012

Die Turbulenzen in Griechenland und Spanien senden ihre Schockwellen durch Europas Wirtschaft. Die Unsicherheit im Hinblick auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung hat zugenommen und das Geschäftsklima hat sich im zweiten Quartal eingetrübt. Unter dem Strich trägt jedoch vor allem das überraschend starke Wachstum im ersten Quartal dazu bei, dass sich der Unternehmenssektor und die Finanzierungsbedingungen weitgehend stabil entwickelt haben. So sind im ersten halben Jahr mit 15.200 Fällen etwas mehr Unternehmensinsolvenzen gezählt worden als im Vorjahreszeitraum, als es noch 15.090 Unternehmenszusammenbrüche waren. Dies entspricht einer leichten Zunahme um 0,7 Prozent. Aufsehen erregte das Insolvenzgeschehen dennoch durch die spektakuläre Großinsolvenz der Schlecker Unternehmensgruppe.

Insolvenzgeschehen zeigt sich in schwierigem Umfeld (noch) relativ stabil

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen		sonstige Insolvenzen	
2003	100.350	+ 19,0%	39.470	+ 4,9%	33.510	+ 55,7%	27.370	+ 8,7%
2004	118.260	+ 17,8%	39.270	- 0,5%	49.100	+ 46,5%	29.890	+ 9,2%
2005	136.570	+ 15,5%	36.850	- 6,2%	68.900	+ 40,3%	30.820	+ 3,1%
2006	161.320	+ 18,1%	34.040	- 7,6%	96.500	+ 40,1%	30.780	- 0,1%
2007	164.750	+ 2,1%	29.150	- 14,4%	105.300	+ 9,1%	30.300	- 1,6%
2008	155.910	- 5,4%	29.580	+ 1,5%	98.450	- 6,5%	27.880	- 8,0%
2009	162.870	+ 4,5%	32.930	+ 11,3%	100.790	+ 2,4%	29.150	+ 4,6%
2010	169.840	+ 4,3%	32.060	- 2,6%	109.960	+ 9,1%	27.820	- 4,6%
2011 Hj.	79.780	- 6,5%	15.090	- 10,3%	51.520	- 4,7%	13.170	- 8,7%
2011	160.000	- 5,8%	30.200	- 5,8%	103.200	- 6,1%	26.600	- 4,4%
2012 Hj. *)	78.900	- 1,1%	15.200	+ 0,7%	50.800	- 1,4%	12.900	- 2,1%

*) von Creditreform geschätzt

Der Arbeitsmarkt gibt weiterhin positive Impulse – die Unternehmen bleiben einstellungsfreudig. Zwar hat sich auch die solide Grundtendenz am Arbeitsmarkt im Zuge der konjunkturellen Eintrübung im zweiten Quartal abgeschwächt – die monatlichen Beschäftigungszuwächse sind kleiner geworden (Mai: plus 675.000;

April: plus 692.000; März: plus 733.000) –, dennoch hält die Beschäftigungszunahme weiterhin an – und damit die Stärkung der verfügbaren Einkommen der Haushalte und des privaten Konsums (vgl. BMWi, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik). Dies hat dazu beigetragen, dass die Zahl der Verbraucherinsolvenzen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gesunken ist. Nachdem im ersten Halbjahr 2011 51.520 Verbraucher einen Insolvenzantrag stellen mussten, waren es in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres noch 50.800 Verbraucherinsolvenzen – ein Minus von 1,4 Prozent.

Weniger Privatinsolvenzen drücken die Gesamtzahl der Insolvenzen

Die Gesamtzahl der Insolvenzen beläuft sich im ersten Halbjahr 2012 auf 78.900 Fälle. Dies sind im Vergleich zum Vorjahr 1,1 Prozent weniger Insolvenzen (Vorjahr: 79.780 Fälle), wobei die Zunahme bei den Unternehmensinsolvenzen durch die positive Entwicklung bei den Privatinsolvenzen ausgeglichen wurde. Neben den Verbraucherinsolvenzen gingen auch die „sonstigen Insolvenzen“ zurück, die sich aus den Insolvenzen ehemals Selbstständiger, natürlicher Personen als Gesellschafter sowie Nachlassinsolvenzen zusammensetzen. Mit 12.900 gemeldeten Verfahren wurden hier 2,1 Prozent weniger Fälle registriert als im letzten Jahr (13.170 Verfahren).

1.2 Verluste und Schäden durch Insolvenzen

Die Schätzung einer exakten Schadenssumme, die infolge von Insolvenzen für private Gläubiger sowie die öffentliche Hand entsteht, stellt ein komplexes Unterfangen dar. Dies liegt in erster Linie daran, dass oftmals unklar ist, ob alle Forderungen in voller Höhe angemeldet wurden. Auf der anderen Seite kann nicht in letzter Konsequenz geklärt werden, welche Rückflüsse an die Gläubiger im Verfahren gingen. Nichtsdestotrotz erlaubt die Erfassung der voraussichtlichen Forderungen durch die Insolvenzgerichte, die Registrierung der Insolvenzgelder durch die Bundesagentur für Arbeit sowie die Statistiken des Pensionssicherungsvereins eine Einschätzung der Schadenssumme – vor allem, was die Entwicklung gegenüber dem Vor-

jahreszeitraum betrifft. Grundlage der Schätzung bleiben letzten Endes die Creditreform Daten, die aus der Auskunftserteilung vor Insolvenzantrag gewonnen werden.

So beläuft sich der finanzielle Schaden, der in den ersten sechs Monaten dieses Jahres durch Insolvenzen entstanden ist, auf rund 16,2 Mrd. Euro. Damit liegen die finanziellen Verluste deutlich über dem Vorjahreswert von 10,4 Mrd. Euro. Das ist ein Plus von 55,8 Prozent. Dieser Sprung dürfte auf der einen Seite durch die gestiegene absolute Zahl an Unternehmenszusammenbrüchen zu erklären sein, vor allem wurde aber von Januar bis Juni eine größere Zahl an Großinsolvenzen registriert – allen voran die Insolvenz der Schlecker Unternehmensgruppe sowie eine Vielzahl von Pleiten in der Solarbranche.

Großinsolvenzen sorgen für Sprung bei Schadenssumme

Tab. 2: Insolvenzschiiden in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Gläubiger	Schäden der öffentlichen Hand	Gesamt	private Forderungsverluste je Insolvenzfall in Euro
2003	27,9	12,6	40,5	707.000
2004	27,5	11,9	39,4	700.000
2005	26,7	10,8	37,5	725.000
2006	22,4	8,7	31,1	658.000
2007	21,2	8,0	29,2	727.000
2008	21,0	8,0	29,0	710.000
2009	63,8	15,1	78,9	1.937.000
2010	25,2	10,2	35,4	786.000
2011 Hj.	7,3	3,1	10,4	484.000
2011	16,7	6,6	23,3	553.000
2012 Hj. *)	11,6	4,6	16,2	763.000

*) von Creditreform geschätzt

Dementsprechend ist auch die durchschnittliche Schadenssumme pro Insolvenzfall von 484.000 auf 763.000 Euro gestiegen. Unter dem Strich werden die privaten und gewerblichen Gläubiger schätzungsweise 11,6 Mrd. Euro an Forderungen geltend machen. Dies waren im ersten Halbjahr des letzten Jahres nur ca. 7,3 Mrd. Euro gewesen. Die Schäden, die durch Zahlung von Insolvenzgeldern, die Ausfälle von Sozialversiche-

rungsabgaben oder Steuern entstehen, belaufen sich auf 4,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 3,1 Mrd. Euro).

1.3 Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste

Neben den finanziellen Verlusten ist im Hinblick auf den volkswirtschaftlichen Schaden, der durch Insolvenzen entstanden ist, die Zahl der Arbeitsplätze zu berücksichtigen, die aufgrund der Insolvenzen verloren gehen oder bedroht sind. Die Zahl der Beschäftigten, die im Zuge von Insolvenzen um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen, ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 36,6 Prozent angestiegen – von 110.000 auf rund 150.000 Arbeitnehmer. Dabei spielte freilich vor allem die Insolvenz von Großunternehmen wie Schlecker eine Rolle.

Tausende Beschäftigte bei Großunternehmen fürchten um ihren Arbeitsplatz

Tab. 3: Von der Insolvenz des Arbeitgebers betroffene Arbeitnehmer

■	Anzahl der Personen	Veränderung zum Vorjahr in Prozent
2002	590.000	+ 17,3
2003	613.000	+ 3,9
2004	605.000	- 1,3
2005	563.000	- 6,9
2006	473.000	- 16,0
2007	440.000	- 7,0
2008	447.000	+ 1,6
2009	521.000	+ 16,6
2010	240.000	- 53,9
2011 Hj.	110.000	- 29,0
2011	236.000	- 1,7
2012 Hj. *)	150.000	+ 36,6

*) von Creditreform geschätzt

Auf Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitern entfällt mit 52,0 Prozent der bedrohten Stellen mehr als die Hälfte der drohenden Arbeitsplatzverluste. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum, als Pleiten von Großunternehmen nur für ein Drittel der Jobverluste (32,5 Prozent) verantwortlich waren, hat sich das Insolvenzgeschehen in der Zwischenzeit folglich wieder spürbar in Richtung größere Unternehmen verlagert. So ist auch

80.000 Arbeitsplätze bei Großunternehmen in Gefahr

der Anteil der kleineren Unternehmen mit einer Beschäftigtenzahl von bis zu 20 Mitarbeitern von 41,3 auf 28,9 Prozent zurückgegangen.

Tab. 4: Verteilung der Arbeitsplatzverluste nach Unternehmensgrößenklassen im 1. Halbjahr 2012

■	Anzahl	%-Verteilung
1 – 5 Personen	23.000 (23.700)	15,3 (21,5)
6 – 10 Personen	9.500 (10.400)	6,3 (9,5)
11 – 20 Personen	10.900 (11.300)	7,3 (10,3)
21 – 50 Personen	16.300 (15.900)	10,9 (14,5)
51 – 100 Personen	12.300 (13.000)	8,2 (11,8)
> 100 Personen	78.000 (35.700)	52,0 (32,5)
Gesamt	150.000 (110.000)	100,0 (100,1)

Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank, Angaben geschätzt

1.4 Entwicklung in den Regionen und Bundesländern

Das Insolvenzgeschehen hat sich in West- und Ostdeutschland unterschiedlich entwickelt. Im Westen stieg die Zahl der Firmenpleiten im ersten Halbjahr 2012 um 1,5 Prozent an. Während im Vergleichszeitraum des Vorjahres lediglich 12.510 Insolvenzfälle registriert worden waren, stellten von Januar bis Juni 12.700 Betriebe die Geschäftstätigkeit weitgehend ein. Dagegen hat sich das Insolvenzgeschehen im Osten Deutschlands leicht entspannt. So ging die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 3,1 Prozent zurück – von 2.580 Fällen im Vorjahr auf momentan 2.500 Insolvenzfälle.

Osten zeigt sich stabil

Die Verbraucherinsolvenzen waren sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands rückläufig, wobei der Rückgang in Westdeutschland etwas ausgeprägter war. Während die Zahl der Verbraucherinsolvenzen im Westen um 1,7 Prozent auf 40.400 Fälle zurückging (Vorjahr: 41.080 Fälle), ist die Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen in Ostdeutschland mit einem Rückgang von 0,4 Prozent (2012: 10.400 Fälle; 2011: 10.440 Fälle) nahezu stagnierend.

Im Westen stärkerer Rückgang der Verbraucherinsolvenzen

Tab. 5: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamt- insolvenzen	Unternehmens- insolvenzen	Verbraucher- insolvenzen	sonstige Insolvenzen
2003	76.520 + 21,6%	29.650 + 11,7%	27.740 + 52,1%	19.130 + 5,4%
2004	90.680 + 18,5%	30.080 + 1,5%	41.820 + 50,8%	18.780 - 1,8%
2005	103.640 + 14,3%	28.020 - 6,8%	53.810 + 28,7%	21.810 + 16,1%
2006	122.480 + 18,2%	26.890 - 4,0%	72.290 + 34,3%	23.300 + 6,8%
2007	125.100 + 2,1%	23.250 - 13,5%	80.010 + 10,7%	21.840 - 6,3%
2008	121.420 - 2,9%	23.690 + 1,9%	77.310 - 3,4%	20.420 - 6,5%
2009	127.360 + 4,9%	26.670 + 12,6%	79.320 + 2,6%	21.370 + 4,7%
2010	134.080 + 5,3%	26.190 - 1,8%	87.280 + 10,0%	20.610 - 3,6%
2011 Hj.	63.270 - 6,0%	12.510 - 9,2%	41.080 - 4,4%	9.680 - 8,8%
2011	126.800 - 5,4%	24.900 - 4,9%	82.300 - 5,7%	19.600 - 4,9%
2012 Hj. *)	62.800 - 0,7%	12.700 + 1,5%	40.400 - 1,7%	9.700 + 0,2%

*) von Creditreform geschätzt

Tab. 6: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

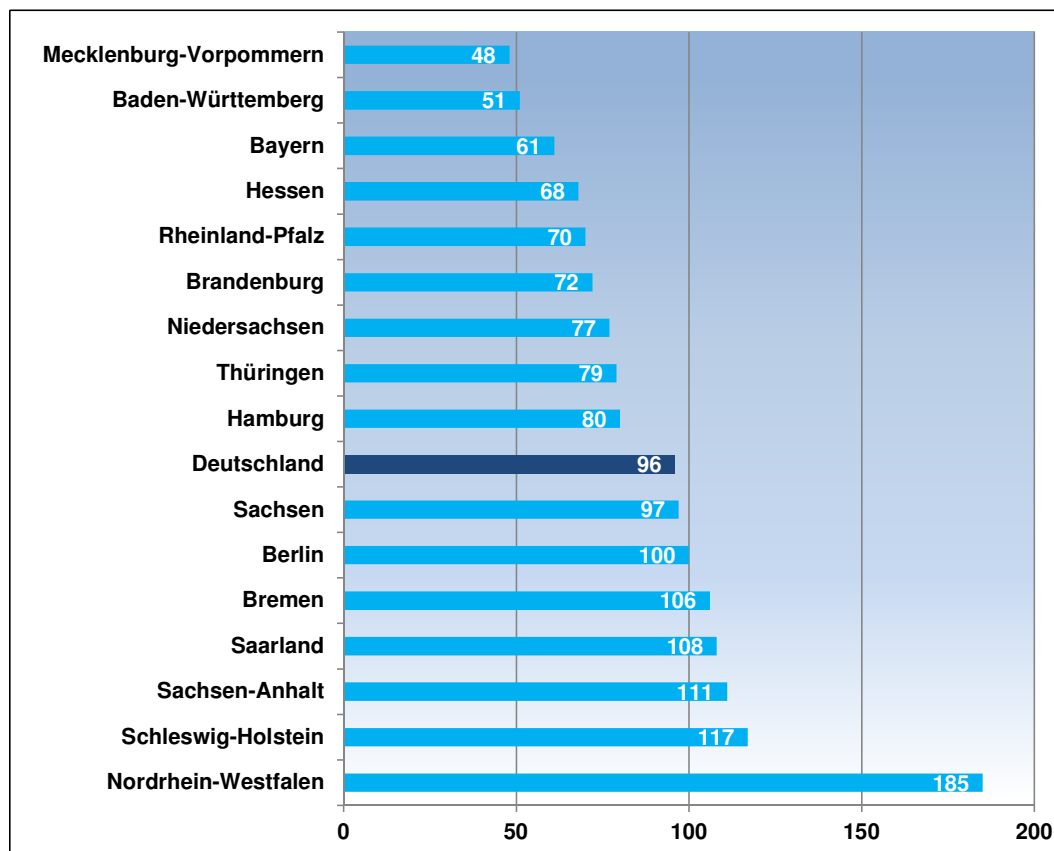
■	Gesamt- insolvenzen	Unternehmens- insolvenzen	Verbraucher- insolvenzen	sonstige Insolvenzen
2003	23.830 + 11,4%	9.820 - 11,3%	5.770 + 75,9%	8.240 + 17,0%
2004	27.580 + 15,7%	9.190 - 6,4%	7.280 + 26,2%	11.110 + 34,8%
2005	32.930 + 19,4%	8.830 - 3,9%	15.090 + 107,3%	9.010 - 18,9%
2006	38.840 + 17,9%	7.150 - 19,0%	24.210 + 60,4%	7.480 - 17,0%
2007	39.650 + 2,1%	5.900 - 17,5%	25.290 + 4,5%	8.460 + 13,1%
2008	34.490 - 13,0%	5.890 - 0,2%	21.140 - 16,4%	7.460 - 11,8%
2009	35.510 + 3,0%	6.260 + 6,3%	21.470 + 1,6%	7.780 + 4,3%
2010	35.760 + 0,7%	5.870 - 6,2%	22.680 + 5,6%	7.210 - 7,3%
2011 Hj.	16.510 - 8,1%	2.580 - 15,4%	10.440 - 6,0%	3.490 - 8,4%
2011	33.200 - 7,2%	5.300 - 9,7%	20.900 - 7,8%	7.000 - 2,9%
2012 Hj. *)	16.100 - 2,5%	2.500 - 3,1%	10.400 - 0,4%	3.200 - 8,3%

*) von Creditreform geschätzt

**NRW mit 185 Insolvenzen auf
10.000 Unternehmen**

Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind im Hinblick auf die Insolvenzquote, d.h. die Zahl der Insolvenzfälle je 10.000 Unternehmen, beträchtlich. Am höchsten ist die Zahl der Insolvenzen bezogen auf den Unternehmensbestand in Nordrhein-Westfalen (Insolvenzquote: 185). Die geringste Insolvenzquote liegt mit 48 Insolvenzfällen je 10.000 Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern vor.

**Abb. 1: Insolvenzquoten in den Bundesländern
im 1. Halbjahr 2012**



Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank u. Umsatzsteuerstatistik; Insolvenzen je 10.000 Unternehmen

Positiv in Erscheinung getreten sind insbesondere die südlichen Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg sowie Hessen. Wenn man den tatsächlichen Unternehmensbesatz in Betracht zieht, wurden hier in den vergangenen sechs Monaten vergleichsweise niedrige Insolvenzquoten registriert. So stellen diese drei Bundesländer nach Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich die meisten Unternehmen (Niedersachsen einmal ausgenommen), haben jedoch eine Insolvenzquote von gerade einmal 51 (Baden-Württemberg), 61 (Bayern) sowie 68 (Hessen) und liegen zudem deutlich unter der bundesweiten Insolvenzquote von 96 Insolvenzfällen auf 10.000 Bestandsunternehmen.

Der Süden beeindruckt mit niedrigen Insolvenzquoten

1.5 Insolvenzen nach Rechtsformen

Die meisten Insolvenzfälle betrafen im letzten halben Jahr Unternehmen, die als Gewerbebetrieb firmieren. Mit 44,2 Prozent aller Firmenpleiten war der Anteil je-

Viele Gewerbebetriebe pleite

doch etwas niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, als es noch 46,5 Prozent waren. Um fast zwei Prozentpunkte zugenommen hat der Anteil der Rechtsform GmbH. Im ersten Halbjahr dieses Jahres entfielen 41,2 Prozent der gemeldeten Unternehmensinsolvenzen auf die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Vorjahr: 39,5 Prozent). Gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen sind auch die Anteile der GmbH & Co. KG (2012: 4,9 Prozent; 2011: 4,4 Prozent) und der Aktiengesellschaften (2012: 0,8 Prozent; 2011: 0,6 Prozent).

Tab. 7: Insolvenzen nach Rechtsformen im 1. Halbjahr 2012

■	Deutschland
freie Berufe	2,9 (3,2)
Kleingewerbetreibende	44,2 (46,5)
BGB-Gesellschaft	1,0 (1,1)
Einzelfirma	3,4 (3,2)
OHG	0,2 (0,2)
KG	0,5 (0,5)
GmbH & Co. KG	4,9 (4,4)
GmbH	41,2 (39,5)
AG	0,8 (0,6)
eG	0,1 (0,0)
e.V.	0,9 (0,8)

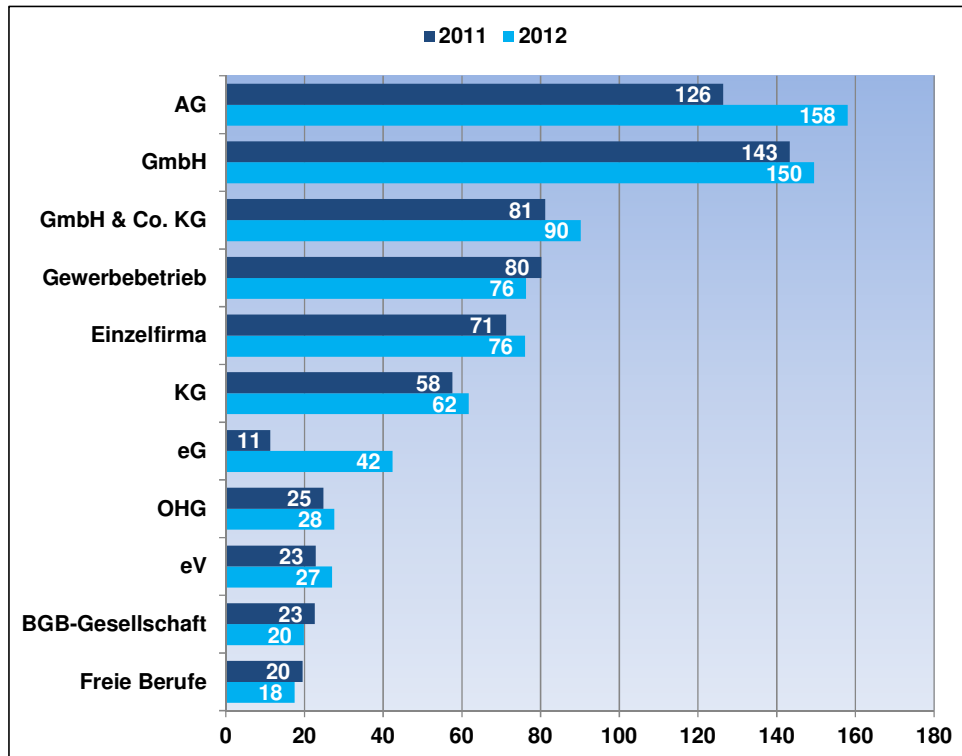
Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben;

Der steigende Anteil dieser beiden Rechtsformen am Insolvenzgeschehen zeigt sich auch in einer relativ hohen Insolvenzquote dieser Rechtsformen. Vor allem die Insolvenzquote der Aktiengesellschaften ist enorm gestiegen: Auf 10.000 Unternehmen der AG kommen inzwischen 158 Insolvenzen, während es im Vorjahr nur 126 je 10.000 Firmen (AG) waren, die einen Insolvenzantrag stellen mussten. Bei den GmbH & Co. KG ist die Quote im Vergleich zum Vorjahr von 81 auf 90 Insolvenzen je 10.000 gestiegen. Sehr anfällig für eine Insolvenz ist nach wie vor die Rechtsform GmbH (Insolvenzquote: 150; Vorjahr: 143). Bei den „kleineren Rechtsformen“ (z.B. eG, e.V.) wird kein Insolvenzantrag gestellt, da keine Geschäftsbeziehung vorliegt, aus der Verbindlichkeiten entstehen. Daher sind hier

Insolvenzanfälligkeit der AG nimmt zu

verhältnismäßig wenige Insolvenzen bzw. Insolvenzquoten zu beobachten.

Abb. 2: Insolvenzquoten nach Rechtsformen



Quelle: Creditreform Datenbank; Insolvenzen je 10.000; jeweils erstes Halbjahr

1.6 Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter

Die Zahl der mittleren und großen Insolvenzen hat im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen. Nachdem im Vergleichszeitraum des letzten Jahres 60 Großunternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 50 Mio. Euro Insolvenz angemeldet hatten, waren es im ersten Halbjahr 2012 80 Insolvenzfälle in dieser Umsatzgrößenklasse, was einem Zuwachs von 33,3 Prozent entspricht. Auch die Zahl der Insolvenzfälle bei den Unternehmen mit einem Jahresumsatz zwischen 25 und 50 Mio. Euro stieg von 60 auf 80 Unternehmen.

Deutlich mehr große Insolvenzen als im Vorjahr

Dementsprechend fällt der Anteil der kleineren Betriebe am Insolvenzgeschehen im Vergleich zum Vorjahr geringer aus. Firmen mit einem Jahresumsatz von bis zu 500.000 Euro kommen auf einen Anteil von 63,4

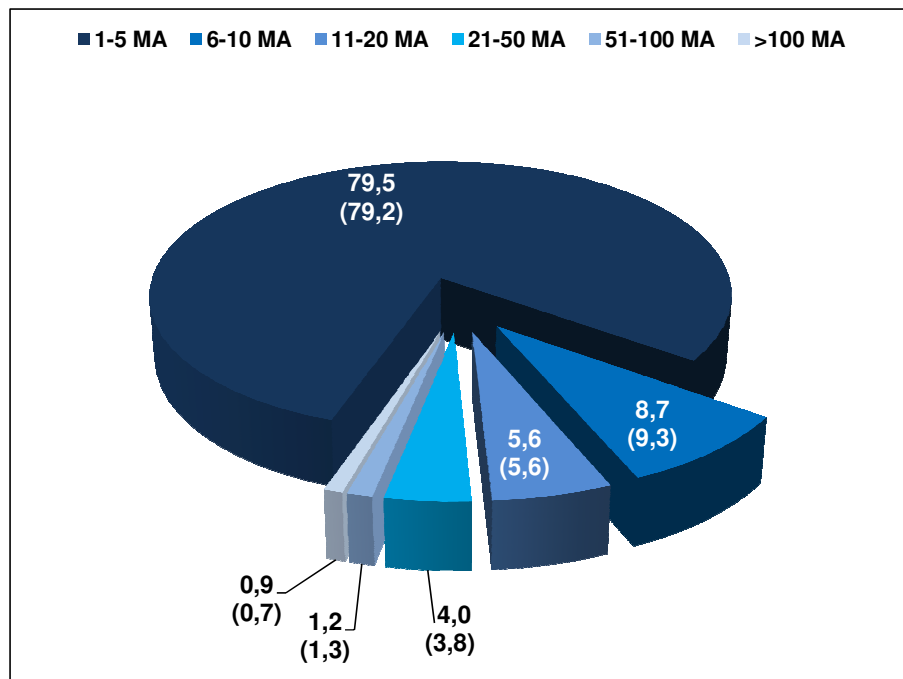
Prozent – nach 65,0 Prozent im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Anteil der registrierten Insolvenzfälle von Unternehmen der Umsatzgröße 25 bis 50 Mio. Euro und der Großunternehmen mit mehr als 50 Mio. Euro Jahresumsatz ist jeweils von 0,4 auf 0,5 Prozent gestiegen.

Tab. 8: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen im 1. Halbjahr 2012 *) in Deutschland (in Mio. Euro)

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
bis 0,1	3.630 (3.730)	23,9 (24,7)	- 2,7
> 0,1 – 0,25	3.400 (3.380)	22,4 (22,4)	+ 0,6
> 0,25 – 0,5	2.600 (2.700)	17,1 (17,9)	- 3,7
> 0,5 – 5,0	4.730 (4.450)	31,1 (29,5)	+ 6,3
> 5,0 – 25,0	680 (710)	4,5 (4,7)	- 4,2
> 25,0 – 50,0	80 (60)	0,5 (0,4)	+ 33,3
> 50,0	80 (60)	0,5 (0,4)	+ 33,3
Gesamt	15.200 (15.090)	100,0 (100,0)	+ 0,7

*) Umsätze teilweise geschätzt; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Abb. 3: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen im 1. Halbjahr 2012



Anteile in Prozent; () = Vorjahresangaben
Quelle: Creditreform Datenbank

Der leicht gestiegene Anteil der mittleren und großen Unternehmen am Insolvenzgeschehen spiegelt sich auch in den Beschäftigtengrößenklassen wider. So nahm der Anteil der größeren Unternehmen (mehr als 100 Mitarbeiter) von 0,7 Prozent im Vorjahr auf aktuell 0,9 Prozent zu. Dennoch sind größerer Insolvenzen insgesamt betrachtet selten. Das Insolvenzgeschehen korrespondiert insoweit mit der eher kleinteilig geprägten Wirtschaftsstruktur Deutschlands: Acht von zehn registrierten Insolvenzverfahren (79,5 Prozent) betreffen Kleinbetriebe, die bis zu fünf Personen beschäftigen (Vorjahr: 79,2 Prozent). Weitere 8,7 Prozent der Betriebe beschäftigten zum Zeitpunkt der Insolvenz zwischen sechs und zehn Mitarbeitern (Vorjahr: 9,3 Prozent).

80 Prozent der Insolvenz betreffen Kleinbetriebe

Differenziert man die Insolvenzfälle nach Unternehmensalter, treten vor allem zwei Aspekte zu Tage. Zum einen ist die Insolvenzbetroffenheit unter den etablierten Betrieben rückläufig. So ging die Zahl der Insolvenzfälle von Unternehmen, die seit über zehn Jahren auf dem Markt sind, um zwei Prozent von 5.370 auf 5.260 Fälle zurück. Bei den Betrieben, deren Gründung neun bis zehn Jahre zurückliegt, wurden nach den ersten sechs Monaten nur noch 1.080 Fälle registriert. Dies stellt gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 6,1 Prozent dar (Vorjahr: 1.150 Fälle). Demgegenüber stieg die Zahl der Betriebe, die innerhalb der ersten vier Jahre einen Insolvenzantrag stellen mussten, von 33,0 auf 34,3 Prozent.

Insolvenzbetroffenheit der etablierten Betriebe rückläufig

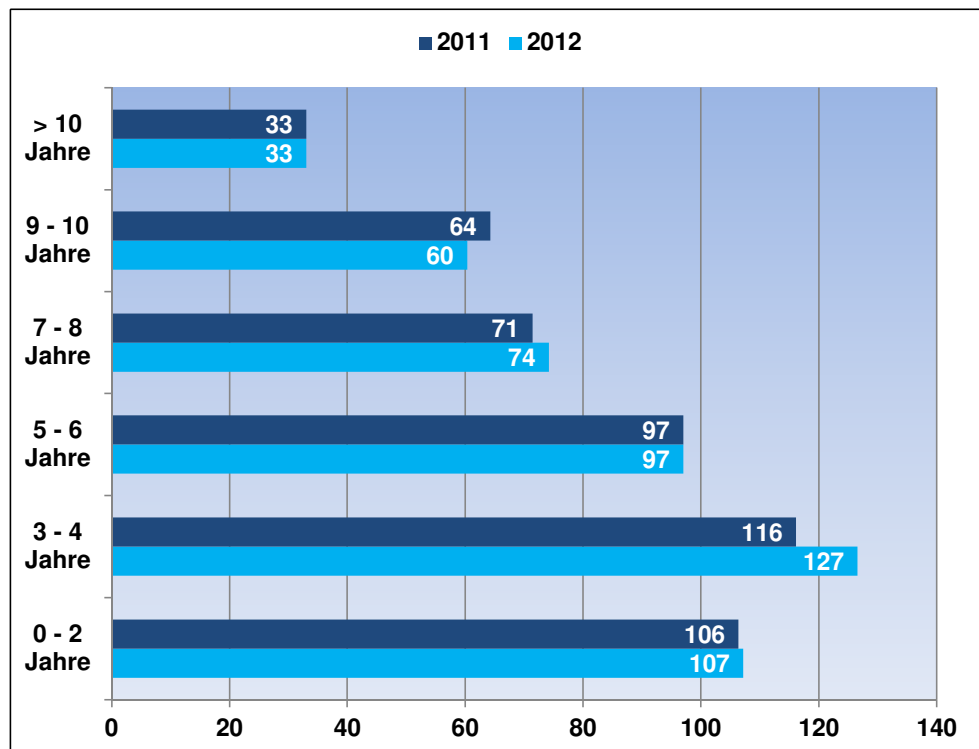
Tab. 9: Insolvenzen nach Unternehmensalter im 1. Halbjahr 2012

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
0 bis 2 Jahre	2.660 (2.640)	17,5 (17,5)	+ 0,8
3 bis 4 Jahre	2.550 (2.340)	16,8 (15,5)	+ 9,0
5 bis 6 Jahre	2.050 (2.050)	13,5 (13,6)	+/- 0,0
7 bis 8 Jahre	1.600 (1.540)	10,5 (10,2)	+ 3,9
9 bis 10 Jahre	1.080 (1.150)	7,1 (7,6)	- 6,1
über 10 Jahre	5.260 (5.370)	34,6 (35,6)	- 2,0

() = Vorjahresangaben. Quelle: Creditreform Datenbank

Diese Beobachtung deckt sich mit dem Befund, dass die Insolvenzquoten der jungen Betriebe gestiegen sind. So verzeichnet die Altersgruppe der drei- bis vierjährigen Unternehmen eine Insolvenzquote von 127 Insolvenzen je 10.000 Betriebe, während die Quote im ersten Halbjahr 2011 noch bei 116 lag. Auch die Insolvenzquote bei Neugründungen (bis zu zwei Jahre alte Unternehmen) liegt mit 107 Ausfällen auf 10.000 Unternehmen über dem Wert des letzten Jahres (106). Die Insolvenzbetroffenheit der Unternehmen, die vor neun bis zehn Jahren gegründet wurden, ist indessen zurückgegangen – von 64 auf 60 Insolvenzfälle je 10.000 Unternehmen.

Abb. 4: Insolvenzquoten nach Unternehmensalter



Quelle: Creditreform Datenbank; Insolvenzen je 10.000; jeweils erstes Halbjahr

1.7 Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen und Großinsolvenzen

Insgesamt ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im ersten halben Jahr nur leicht gestiegen. Allerdings sind erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen zu beobachten. Während sich die Lage im Verarbeitenden Gewerbe und im Bausek-

tor von Januar bis Juni unter dem Strich entspannt hat, wurden im Dienstleistungssektor und im Handel Zuwächse verzeichnet.

Stark betroffen war vor allem der Handel. Mit deutschlandweit 3.140 Insolvenzfällen wurden 7,9 Prozent mehr Insolvenzen gemeldet als vor Jahresfrist. Im Vorjahreszeitraum waren es lediglich 2.910 Händler gewesen, die Insolvenz angemeldet hatten. Die Dienstleister verzeichneten mit 8.700 Insolvenzfällen im ersten Halbjahr einen Zuwachs von 1,8 Prozent (Vorjahr: 8.550 Fälle). Fast sechs von zehn Insolvenzen entfallen auf einen Betrieb aus dem Dienstleistungssektor (57,2 Prozent).

Handel besonders hart erwischt

Tab. 10: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen im 1. Halbjahr 2012 *)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	%-Veränderung gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gewerbe	1.200 (1.260)	7,9 (8,3)	- 4,8
Bau	2.160 (2.370)	14,2 (15,7)	- 8,9
Handel	3.140 (2.910)	20,7 (19,3)	+ 7,9
Dienstleistungen	8.700 (8.550)	57,2 (56,7)	+ 1,8
Gesamt	15.200 (15.090)	100,0 (100,0)	+ 0,7

*) von Creditreform geschätzt; () = Vorjahresangaben

Das produzierende Gewerbe profitierte von der wirtschaftlichen Belebung im ersten Quartal, wobei sich insbesondere das Bauhauptgewerbe dynamisch entwickelte. Im März konnte hier ein Produktionsanstieg gegenüber dem Vormonat von plus 30,7 Prozent verzeichnet werden. Im selben Monat legte die industrielle Erzeugung um 1,5 Prozent zu. Zu Beginn des zweiten Quartals kam es zwar zu einer Gegenbewegung, dennoch blieb die Produktion in der Grundtendenz stabil, so dass die Produktion im Dreimonatsvergleich unverändert bei plus 0,1 Prozent notiert. Entsprechend ausgeprägt war der Rückgang der Insolvenzzahlen im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe. Überdurchschnittlich stark ging die Zahl der Insolvenzen vor allem im Bausektor zurück: Mit 2.160 Insolvenzfällen wurde ein Minus von 8,9 Prozent gegenüber dem Vor-

Gute Lage im Bau drückt Zahl der Insolvenzfälle ...

jahreszeitraum (2.370 Fälle) registriert. Das Verarbeitende Gewerbe verzeichnet ebenfalls sinkende Insolvenzzahlen. Nachdem 2011 noch 1.260 Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes den Gang zum Insolvenzgericht antraten, waren dies im ersten Halbjahr 2012 nur noch 1.200 Unternehmen (minus 4,8 Prozent).

... dennoch Bau nach wie vor mit höchster Insolvenzquote

Sicherlich hat sich die Insolvenzquote des Baugewerbes im Vergleich zum Vorjahr spürbar erholt (Insolvenzquote: 134). Nichtsdestotrotz liegt hier die Zahl der Insolvenzen bezogen auf den Unternehmensbestand in diesem Jahr mit 123 nach wie vor am höchsten. Ebenfalls verbessert hat sich die Insolvenzquote im Verarbeitenden Gewerbe, wo nur noch 63 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen gemeldet wurden (Vorjahr: 69). Etwa auf dem Niveau des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts liegen der Handel und der Dienstleistungssektor mit jeweils 97 Insolvenzfällen auf 10.000 Bestandsunternehmen.

Tab. 11: Insolvenzquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland im 1. Halbjahr 2012

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	63 (69)
Baugewerbe	123 (134)
Handel	97 (88)
Dienstleistungen	97 (96)
Gesamt	96 (95)

Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank u. Umsatzsteuerstatistik 2010
() = Vorjahresangaben

Branchen aus dem Dienstleistungssektor mit höchstem Ausfallrisiko

Betrachtet man das Insolvenzrisiko auf Branchenebene (5-stellige Codes gemäß WZ-Systematik des Statistischen Bundesamtes), so fällt auf, dass vor allem Wirtschaftszweige aus dem Dienstleistungssektor besonders risikobehaftet zu sein scheinen. Unter den zehn Wirtschaftszweigen mit dem höchsten Ausfallrisiko befinden sich acht Branchen aus dem Dienstleistungsgewerbe. Das höchste Ausfallrisiko liegt bei Call Centern vor: Auf 10.000 Betriebe kommen 807 Firmen, die ein Negativmerkmal wie etwa einen massiven Zahlungsverzug oder einen Insolvenzantrag aufweisen. Ein sehr hohes Ausfallrisiko zeigen auch die Wirt-

schaftszweige „sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste“ (714 je 10.000 Unternehmen) oder „Videotheken“ (662). Unter den zehn Wirtschaftszweigen mit dem höchsten Ausfallrisiko befinden sich auch zwei Branchen aus dem Bausektor: „Abbrucharbeiten“ und der Gerüstbau sind mit einer Risikoquote von 637 bzw. 578 je 10.000 Unternehmen stark risikobehaftet.

Tab. 12: Risikobehaftete Branchen in Deutschland („Top Ten“)

■	Hauptwirtschaftsbereich	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Call Center	Dienstleistungen	807
sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	Dienstleistungen	714
Videotheken	Dienstleistungen	662
Abbrucharbeiten	Bau	637
Bars	Dienstleistungen	629
Gerüstbau	Bau	578
sonstige getränkegeprägte Gastronomie	Dienstleistungen	572
Schankwirtschaften	Dienstleistungen	568
Diskotheiken und Tanzlokale	Dienstleistungen	550
Umzugstransporte	Dienstleistungen	530

Quelle: Creditreform Datenbank und Umsatzsteuerstatistik; in die Analyse einbezogen wurden Branchen mit mehr als 1.000 Betrieben

Der Insolvenztrend ging im ersten Halbjahr 2012 in Richtung mittlere und größere Insolvenzen (siehe hierzu genauer in Abschnitt 1.6). Dabei gerieten vor allem das Segment „erneuerbare Energien“ sowie die Automobilzulieferer stark unter Druck. In diesen Branchen fanden sich einige namhafte Großinsolvenzen wieder. Die bei weitem größte Insolvenz war jedoch die Pleite der Drogerie-Einzelhandelsgruppe Schlecker.

Die **Unternehmensgruppe Schlecker** hatte sich jahrelang durch ein schlechtes Image, zu hohe Preise, ein falsches Sortiment und unattraktive Geschäfte ins Abseits manövriert. Das Geschäftsmodell fußte zuletzt nur noch auf einem wenig durchdachten Expansionsdrang. Schlecker schlug zunächst eine Planinsolvenz in Eigenverwaltung vor. Letzten Endes entschieden sich die Gläubiger dafür, die Unternehmensgruppe Schlecker zu zerschlagen, da keine Perspektive für

Blinde Expansionswut bringt Schlecker zu Fall

eine „wirtschaftlich vertretbare Fortführung“ besteht. Die Drogeriekette Schlecker wird abgewickelt und die Abwicklung ist in vollem Gang. Die angemeldeten Forderungen betragen ca. 665 Mio. Euro, denen ein Ausschüttungsbetrag von gerade einmal 27 Mio. Euro gegenübersteht. Ende Juni sollen 2.800 Märkte schließen, womit dann rund 13.000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz in Gefahr sehen. Ende März hatten bereits 11.000 Beschäftigte Ihren Arbeitsplatz verloren. Die Unternehmensgruppe – also inklusive aller in- und ausländischen Tochtergesellschaften – verfügt insgesamt über rund 52.000 Mitarbeiter. Die Tochterunternehmen „Ihr Platz“ und „Schlecker XL“ sollen fortgeführt und verkauft werden. Investoren werden noch gesucht – in beiden Fällen ist eine Planinsolvenz vorgesehen.

Tab. 13: Große Unternehmensinsolvenzen in Deutschland im 1. Halbjahr 2012

■	Unternehmen	Geschäftszweck	Mitarbeiter
	Schlecker Unternehmensgruppe	Drogeriemarktkette	52.000
	Q-Cells SE	Solarmodulhersteller	2.510
	Meteor Gummiwerke Unternehmensgruppe	Herstellung von Dichtungen für Autos, Züge, Flugzeuge und Gebäude	2.300
	SIAG Schaaf Industrie Unternehmensgruppe	Zulieferer für Windkraftanlagen	1.870
	Ruia Global Fasteners AG	Schraubenhersteller	1.400
	Leiser Fabrikations- und Handelsgesellschaft GmbH & Co. KG	Bekleidungsindustrie/-Einzelhandel	1.400
	Müller-Brot GmbH	Herstellung von Backwaren	1.200
	ADA – Das Systemhaus GmbH	Großhandel mit Datenverarbeitungsgeräten	1.040
	NextiraOne Deutschland GmbH	IT-/Kommunikationsindustrie	800
	DURA-Gruppe	Textil-/Automobilzuliefererindustrie	780

Quelle: Creditreform Datenbank

Grundsätzlich hat sich das Planverfahren in Deutschland kaum durchgesetzt, was in erster Linie daran liegen dürfte, dass Gläubiger oder Investoren bislang nicht auf die Gesellschaftsanteile zugreifen konnten.

Dies soll sich mit dem Gesetz zur weiteren Erleichterung und Sanierung von Unternehmen (ESUG) ändern (siehe hierzu genauer in Abschnitt 2.3). Im Folgenden sollen nun zwei Branchen näher betrachtet werden, die das Insolvenzgeschehen im ersten Halbjahr des laufenden Jahres stark geprägt haben.

Automobilzulieferer

Das erste große Insolvenzverfahren, das mit einem sog. Schutzschirm eingeleitet wurde, war das der **DURA-Gruppe**, ein Hersteller von Auto-Innenausstattungen. Rund vier Mio. Euro an Lieferantenforderungen haben zu Zahlungsschwierigkeiten geführt. Im Rahmen des neuen Insolvenzgesetzes kann der Zulieferer aus Fulda nun in Eigenverwaltung die Sanierung angehen. Dabei bleibt die Geschäftsleitung im Amt, allerdings werden gleichzeitig ein Handlungsbevollmächtigter und ein vorläufiger Sachverwalter eingesetzt. Rund 780 Mitarbeiter fürchten um ihren Arbeitsplatz – jedoch können sie der Zukunft angesichts voll ausgelasteter Werke relativ zuversichtlich entgegenblicken.

DURA-Gruppe erste Großinsolvenz unter dem Schirm

Weitaus schlechter geht es anderen Betrieben der Automobilzuliefererindustrie, die vor dem Hintergrund eines bislang schwierigen Jahres 2012 für die Automobilindustrie enorm unter Druck steht. Die Meldungen von großen Abnehmern wie Volvo, Scania oder Daimler, die ihre Produktion drosseln und Arbeitsplätze abbauen wollen, werfen ihren Schatten voraus. Zudem belasten der verschärfte Konkurrenzkampf und schwankende Rohstoffpreise die Margen, so dass die Branche weiter stark von Unternehmensinsolvenzen betroffen ist – so auch der Zulieferer **Meteor Gummiwerke K. H. Bädje GmbH & Co. KG**. Deren Geschäftsführung hat Mitte Januar 2012 beim zuständigen Amtsgericht in Hildesheim Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt. Insolvenzverwalter Christopher Seagon konnte den Geschäftsbetrieb seit Antragstellung stabilisieren, so dass die störungsfreie Weiterbelieferung der Kunden vor allem in der Automobilindustrie bis Ende des Jahres gewährleistet ist. Es gilt jedoch, die Effizienz von Meteor wesentlich zu

steigern, damit eine kostengünstigere Produktion ermöglicht wird.

Auch der deutsche Schraubenhersteller **Ruia Global Fasteners AG** ist erneut in der Insolvenz. Dringend benötigtes Kapital konnte vom indischen Inhaber nicht mehr bereitgestellt werden. Das Vorgängerunternehmen Acument hatte im Sommer 2009 Insolvenz angemeldet. Gewerkschaft, Betriebsrat und Insolvenzverwalter arbeiten an der Fortführung „des eigentlich erfolgreich agierenden Unternehmens“.

Erst kürzlich hat der Autozulieferer **Druckguss Heidenau** Insolvenz angemeldet. Zwar läuft die Produktion des Dresdner Unternehmens, das zu den modernsten Gießereien Europas zählt und rund 700 Personen beschäftigt, derzeit ohne Einschränkungen weiter. Dennoch geriet der Hersteller von Druckgussteilen unter Einfluss unrentabler Altverträge und der Krise der Autoindustrie in die Zahlungsunfähigkeit.

Solarindustrie

Der Niedergang der schwer getroffenen Solarindustrie spiegelt sich auch im Insolvenzgeschehen. Eine Unternehmenspleite reiht sich an die nächste. Den Anfang machten noch Ende letzten Jahres die beiden Unternehmen Solon und Solar Millennium. Von Januar bis Juni gewann der Ausleseprozess an Fahrt: Neben kleineren Betrieben wie die **Kopf Solarschiff-Gruppe**, **Scheuten Solar** oder die **Solarhybrid AG** erwischte es Anfang April den einst weltgrößten Hersteller von Solarzellen **Q-Cells**. Mit der Insolvenz des einstigen Hoffnungsträgers der deutschen Solarindustrie im strukturschwachen Sachsen-Anhalt entstehen Verbindlichkeiten in Höhe von mehr als 1 Mrd. Euro. Die Gründe für die Insolvenz dürften vor allem im Missmanagement und einem fehlenden Kostenbewusstsein zu suchen sein.

Für die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Solarindustrie sind eine Reihe von Fehlern anzuführen – neben der Tatsache, dass man in den vergangenen Jahren die Konkurrenz aus Ostasien unterschätzt hatte und zu wenig in die Forschung und Entwicklung inves-

Niedergang der Solarbranche führt zu einer Reihe von Insolvenzen

tierte, wiegt besonders die deutsche Subventionspraxis im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes schwer. Die Subventionen ließen deutsche Firmen nicht mehr marktgerecht werden.

Indessen läuft der Geschäftsbetrieb der **SOLARWATT AG** weiter, so dass die Kunden ihre Lieferungen weiterhin erhalten. Der Hersteller kristalliner Solarmodule und Anbieter von Photovoltaik-Produkten hat im Juni ein Schutzschirmverfahren in Eigenverwaltung eingeleitet. Der Vorstand des Dresdner Unternehmens hat Zeit bis zum 31. Juli 2012, um dem Amtsgericht ein Sanierungskonzept vorzulegen, über das schließlich die Gläubigerversammlung abzustimmen hat. Bei einem positiven Entscheid könnte die SOLARWATT AG ihr operatives Geschäft als sanierter Betrieb fortführen.

Mit dem Hersteller von Windtürmen, **SIAG Schaaf**, ist schließlich der erste Emittent einer Mittelstandsanleihe insolvent. SIAG baute Türme, Maschinen- und Generatorträger für Windkraftanlagen sowie Gründungsstrukturen für Windkraftanlagen im Meer und eine schwimmende Umspannplattform. Aufgrund der Skepsis im Hinblick auf eine schnelle Anbindung der Windparks an das Festland leidet dieses Geschäft unter Investitionsunsicherheit. Rund 1.900 Arbeitsplätze sind von der Insolvenz bedroht.

■ 2 **Wirtschaftspolitisches und rechtliches Umfeld**

2.1 **Makroökonomische Rahmenbedingungen – BIP und Insolvenzen**

Bis in das zweite Quartal hinein hatte es den Anschein, dass die deutsche Wirtschaft die Schwächephase vom Jahresende 2011 überwunden hat. So wuchs das BIP im ersten Quartal 2012 überraschend um 0,5 Prozent, nachdem es im vierten Quartal noch um 0,2 Prozent geschrumpft war. Der private Konsum und vor allem der Außenhandel setzten Impulse, so dass sich die Aussichten für die weitere Entwicklung merklich aufgehellt hatten. Dabei profitierte die deutsche Exportwirtschaft von der steigenden Nachfrage aus Nicht-Euro-Ländern – allen voran Chinas und asiatischer

Dunkle Wolken am Himmel

Schwellenländer (Deutsche Bundesbank, Monatsberichte). Allein im ersten Quartal stiegen die Ausfuhren gegenüber dem Vorjahresquartal um zwei Prozent. Nachdem die griechischen Wahlen im Mai ohne Ergebnis geblieben waren, stieg jedoch die Unsicherheit über die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Zudem spitzte sich die Situation in Spanien zu, so dass die Verunsicherung weiter zunahm: Jüngst hat Spanien bei der Europäischen Kommission einen Antrag auf Hilfskredite für seinen Bankensektor gestellt. Auf rund 60 Mrd. Euro wird der Kapitalbedarf der von der Immobilienkrise schwer getroffenen Volkswirtschaft taxiert. Die EU hat bereits ihre Zustimmung für einen Kreditrahmen bis 100 Mrd. Euro signalisiert. Insgesamt scheint sich Deutschland als Exportnation nicht von den rezessiven Auswirkungen der Schuldenkrise abkapseln zu können.

*Wirtschaftliche Erholung
derzeit kein Thema mehr –
Trendwende eingeläutet?*

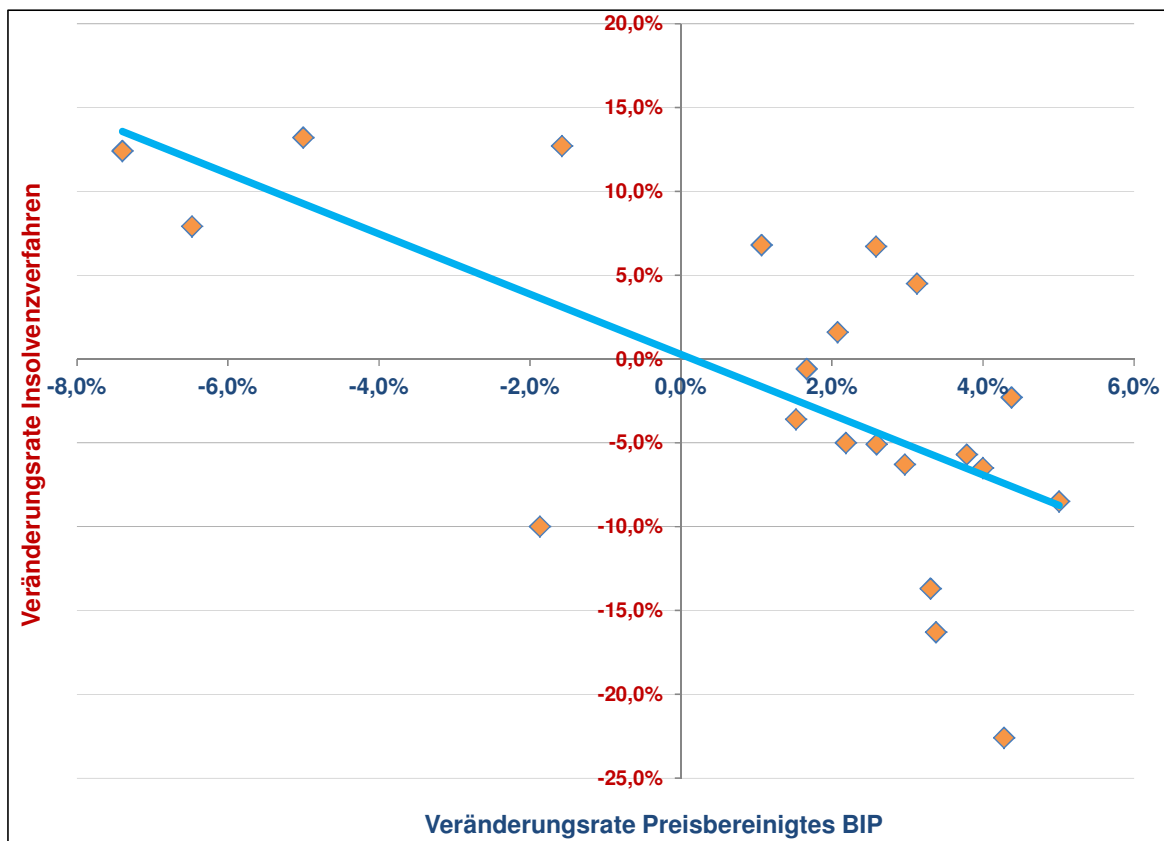
Dass sich das Insolvenzgeschehen in diesem von erhöhten Risiken geprägten Umfeld in den vergangenen sechs Monaten nicht wesentlich eingetrübt hat, ist der robusten Binnenkonjunktur und dem nach wie vor leichten Zugang zu Bankkrediten zuzuschreiben. Im zweiten Quartal hat die deutsche Volkswirtschaft jedoch an Grunddynamik verloren. Die wirtschaftspolitischen Instabilitäten und sich vertiefende Verwerfungen in den Bankensektoren der Peripheriestaaten im Euro-Raum haben bei deutschen Unternehmen die Risiken stärker in den Fokus gerückt, so dass die Erwartungen zunichte gemacht wurden, dass die Wirtschaft ihre vorübergehende Schwächephase vom Winter 2011 überwunden hat. So sank der ifo-Konjunkturindex im Juni zum zweiten Mal in Folge – von 106,9 auf 105,3 Punkte. Der Geschäftsklimaindikator des KfW-ifo-Mittelstandsbarometers brach im Mai von 18,6 auf 12,9 Saldenpunkte ein.

Dies könnte eventuell bedeuten, dass der leichte Zuwachs der Unternehmensinsolvenzen eine Trendwende eingeläutet hat. Eine solche Vermutung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass neben Schwankungen an den Kreditmärkten vor allem die konjunkturelle Entwicklung profunde Auswirkungen auf die Stabilität des Unternehmenssektors hat. In Abbildung 5 wird

deutlich, dass sich zwischenzeitliche konjunkturelle Schwankungen nach oben oder unten bei der Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen spiegeln. Dabei wird der Zusammenhang zwischen konjunktureller Entwicklung und der Entwicklung des Insolvenzgeschehens an den Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (x-Achse, blaue Skala) sowie der Summe der Insolvenzverfahren, die eröffnet oder mangels Masse abgewiesen wurden (y-Achse, rote Skala), nachgezeichnet. Hierbei wurden jeweils die Veränderungsrate im Vergleich zum Vorjahresquartal zwischen von 2007 bis 2012 betrachtet.

Hohe Korrelation zwischen BIP und Insolvenzentwicklung

Abb. 5: Quartalsweise Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahreszeitraum: BIP und Insolvenzverfahren, Quartal 01/2007 bis 01/2012;



Quelle: Statistisches Bundesamt

Alles in allem zeigt sich, dass in Quartalen mit einer verhältnismäßig mäßigen oder moderaten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Zahl der Unternehmensinsolvenzen höher ist. Beispielsweise sank das preisbereinigte BIP im vierten Quartal 2009 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 1,6 Prozent, während die Zahl der Insolvenzfälle im Vergleich zum Vorjahreszeit-

raum um 12,7 Prozent stieg. Spiegelbildlich nimmt die Stabilität des Unternehmenssektors in Zeiten zu, die von einer zunehmenden konjunkturellen Dynamik geprägt ist. So nahm das preisbereinigte BIP z.B. im ersten Quartal 2011 um 5,0 Prozent zu und die Unternehmensinsolvenzen um 8,5 Prozent ab. Diese negative Korrelation wird in Abbildung 5 durch die lineare Trendlinie verdeutlicht, die eine negative Steigung aufweist.

2.2 Finanzierung und Zahlungsverhalten – der DRD-Index

Dass sich das Kreditgeschäft abzukühlen scheint, lassen auch die jüngsten Daten zum Kreditneugeschäft mit Unternehmen und Selbständigen (KfW) vorausahnen. So lag das Kreditneugeschäft der Unternehmen im ersten Quartal 2012 0,4 Prozent unter dem Vorjahreswert, was in erster Linie durch eine schwächere Kreditnachfrage der Unternehmen bedingt war. Nichtsdestotrotz stellen sich die Finanzierungsbedingungen – noch – sehr gut dar.

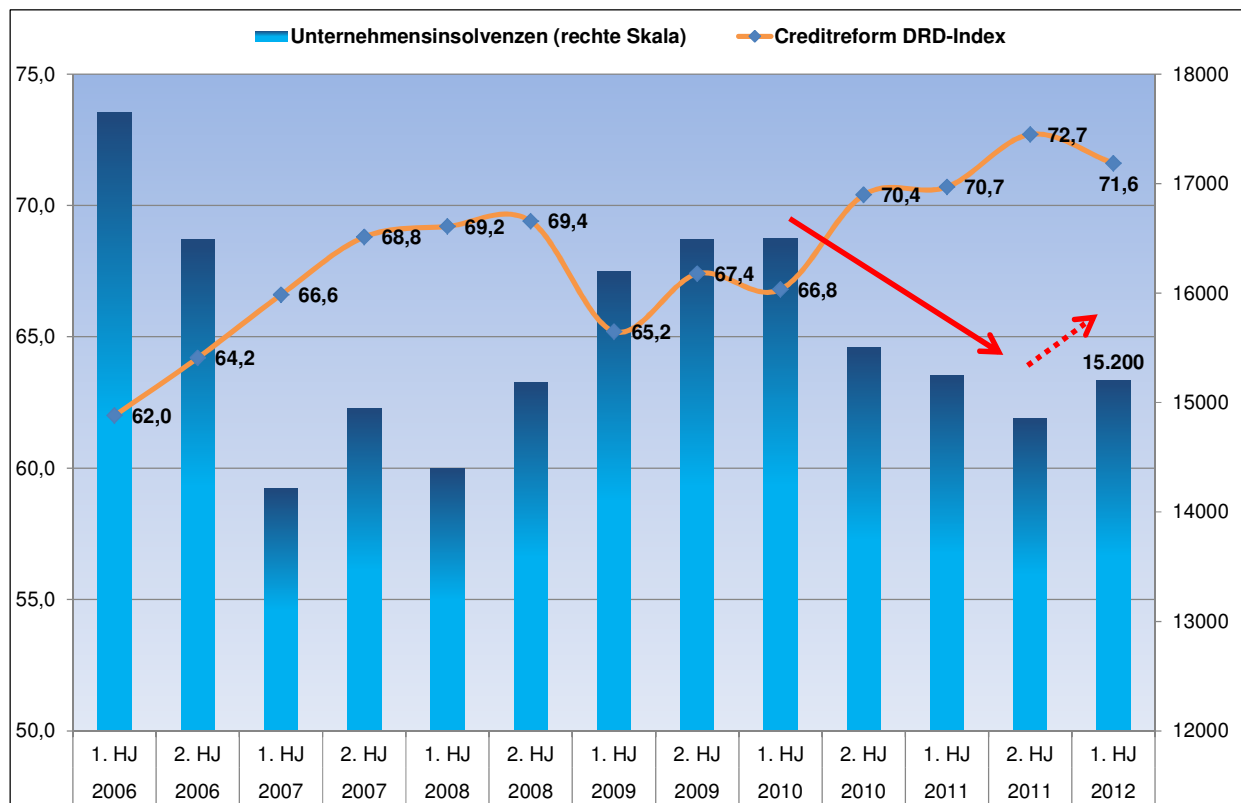
Finanzierungsbedingungen und Veränderungen im Zahlungsverhalten sind ein wichtiger Indikator für Liquiditätsengpässe, die zu den häufigsten Insolvenzsachen zählen. Insbesondere für Unternehmen, die mit hohen Zahlungsausfällen zu kämpfen haben, engt sich der Finanzierungsspielraum ein, worunter letztendlich auch die eigenen Zahlungsverpflichtungen leiden.

Untersuchungen der Creditreform Wirtschaftsforschung haben gezeigt, dass die Entwicklung des Zahlungsverhaltens die künftige Insolvenzentwicklung gut prognostiziert. Dieser enge Zusammenhang zwischen dem Zahlungsverhalten und der Insolvenzentwicklung lässt sich im Zeitablauf während der ordentlichen konjunkturellen Lage zwischen 2009 und Mitte 2011 gut beobachten. In diesem Zeitraum konnte eine deutliche Verbesserung des Zahlungsverhaltens festgestellt werden: Auftraggeber kamen ihren Zahlungsverpflichtungen pünktlicher nach, so dass Forderungen insgesamt seltener ausfielen. Gleichzeitig spiegelte sich diese positive Entwicklung in einem rückläufigen Insol-

*Sinkende Zahlungsmoral
schlecht für Entwicklung der
Unternehmensinsolvenzen*

venzgeschehen wider. Sowohl die Finanzierungsbedingungen als auch die Liquiditätslage im Unternehmenssektor entspannten sich zunehmend, was mit einer Verbesserung der Zahlungsmoral einherging. Dementsprechend konnten seit Anfang 2009 sinkende Insolvenzzahlen registriert werden. Diese Entwicklung könnte sich nun mit einer abklingenden konjunkturellen Grunddynamik wieder umkehren.

Abb. 6: Entwicklung Unternehmensinsolvenzen und Creditreform DRD-Index



Quelle: Creditreform Debitorenregister und Mittelstandsbefragungen

Im Frühjahr 2012 hat sich die Zahlungsmoral nach Berechnungen der Creditreform Wirtschaftsforschung gegenüber den vorangegangenen sechs Monaten verschlechtert (siehe DRD-Index, Frühjahr 2012). Dabei signalisiert ein sinkender DRD-Index ein schlechteres Zahlungsverhalten. Zum einen waren deutsche Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr nachlässiger mit dem Bezahlen ihrer überfälligen Rechnungen geworden. Vor allem aber waren Umfang und Höhe der Forderungsausfälle gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres gestiegen. So musste jedes achte Unternehmen (13,1 Prozent) Forderungen von mehr als

Steht jüngster Anstieg des DRD-Index für Trendwende bei Insolvenzentwicklung?

1,0 Prozent seines Jahresumsatzes als Verlust ausbuchten, etwa weil ein Kunde Insolvenz anmeldete. Mit der Veröffentlichung der Insolvenzzahlen für das erste Halbjahr wurde die enge Korrelation zwischen dem DRD-Index und der Insolvenzentwicklung erneut untermauert: Auf den Rückgang des DRD-Index folgte eine Eintrübung des Insolvenzgeschehens.

2.3 Neuerungen im Insolvenzrecht und die Folgen

2.3.1 ESUG: Vom Stigma zur Chance

Das Stigma der Insolvenz als Ende der bürgerlichen Existenz sitzt tief in unserer Gesellschaft. Der Unternehmer zögert den Insolvenzantrag so lange wie möglich hinaus, aus Sorge um die Mitarbeiter, das Unternehmen und das eigene finanzielle Überleben. Dabei würde man dieser Verantwortung gerechter, wenn man die Anzeichen der Krise erkennt und frühzeitig geeignete Gegenmaßnahmen einleitet. Mit dem **Gesetz zur Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG)** hat der Gesetzgeber einen weiteren Schritt in diese Richtung genommen. Seit 1. März 2012 können Krisenunternehmen nun bereits im Schutz des Insolvenzverfahrens Sanierungsmaßnahmen ergreifen. Wesentliche Eckpunkte der Reform sind:

*(i) **Schutzschirmverfahren:*** Im Mittelpunkt der Reform der Eigenverwaltung steht das Schutzschirmverfahren. Ein Schuldner, dem Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung droht, kann einen Insolvenzantrag in Verbindung mit einem „Antrag auf Eigenverwaltung“ und einem „Antrag auf Vorbereitung einer Sanierung“ stellen. Bei Annahme des Schutzschirmverfahrens gewährt das Gericht eine dreimonatige Frist in der die Geschäftsführung mit einem Sachverwalter einen Sanierungsplan ausarbeiten kann. In dieser Zeit ist der Schuldner vor dem Zugriff der Gläubiger geschützt. Gelingt die Sanierung, wird der Schutzschirm aufgehoben und die Insolvenz ist hinfällig. Scheitert die Sanierung, wird das Insolvenzverfahren – regulär oder im Insolvenzplanverfahren – angeordnet.

Sanieren leicht gemacht

Schutz vor Vollstreckungsmaßnahmen

(ii) Stärkung der Eigenverwaltung: Ein weiteres wesentliches Element der Insolvenzreform ist die Verbesserung der Eigenverwaltung. Zwar gibt es dieses Instrument schon seit der großen Insolvenzrechtsreform in den 1990er-Jahren, allerdings kam die Eigenverwaltung in der Praxis bis auf wenige Großverfahren selten zur Anwendung. In der Eigenverwaltung darf die Geschäftsführung des insolventen Unternehmens unter Aufsicht eines Sachverwalters die Insolvenzmasse verwalten. Der Sachverwalter ist mit geringeren Befugnissen ausgestattet als der Insolvenzverwalter. Mit der neuen Gesetzgebung kann die Eigenverwaltung bereits ab Antragsstellung der Insolvenz starten und nicht erst mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens.

Eigenverwaltung unter Aufsicht eines Sachverwalters

(iii) Stärkung der Gläubigerrechte: Ein Herzstück der Reform ist die Mitbestimmung der Gläubiger bei der Wahl des Insolvenzverwalters. Ein vom Gericht eingesetzter vorläufiger Gläubigerausschuss kann im Hinblick auf die Person einen Insolvenzverwalter vorschlagen und bei der Anordnung der Eigenverwaltung mitsprechen. Bislang stellte das Gericht den Insolvenzverwalter. Nun ist das Gericht bei Einstimmigkeit an den Vorschlag des Gläubigerausschusses gebunden. Dieser tritt bereits direkt nach Stellung des Insolvenzantrags zusammen und nicht wie bislang, nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Der vorläufige Gläubigerausschuss ist nur bei Unternehmen mit großer wirtschaftlicher Bedeutung (ab 4,8 Mio. Euro Bilanzsumme, 10 Mio. € Umsatz, 50 Mitarbeiter) zwingend vorgeschrieben. Aber auch kleinere Unternehmen können die Einsetzung eines solchen Gläubigerausschusses beantragen.

Gläubiger dürfen über Insolvenzverwalter mitbestimmen

(iv) Stärkung des Insolvenzplanverfahrens: Dabei legt das Management oder der Insolvenzverwalter einen Plan vor, der den Erhalt des Unternehmens vorsieht. Das Verfahren ist nicht neu, fand in der Vergangenheit jedoch wenig Anwendung. Wenn nun eine Mehrheit der Gläubiger die Sanierung wünscht, kann die Umsetzung des Insolvenzplans nicht mehr an der Blockade einzelner Gläubiger scheitern, weil die Rechtsmittel für Minderheiten, die bislang die Planbe-

stätigung verzögert haben, mit der neuen Insolvenzordnung eingeschränkt worden sind.

Umwandlung von Fremd- in Eigenkapital

(v) **Debt-to-Equity-Swaps:** Außerdem können im Rahmen eines Insolvenzplanverfahrens Forderungen von Gläubigern in Gesellschaftsanteile umgewandelt werden. Damit haben „Gläubiger“ noch stärkere Mitspracherechte. Mit Hilfe dieses sogenannten Debt-to-Equity-Swaps, also der Umwandlung von Fremd- zu Eigenkapital, kann sich beispielsweise die Bank an der insolventen Gesellschaft beteiligen. Die Überschuldung des insolventen Unternehmens wird so gemindert und die Eigenkapitalquote verbessert. Da Zins- und Tilgungszahlungen wegfallen, verbessert sich auch die Liquiditätssituation des Schuldners und die Sanierungschancen steigen erheblich.

2.3.2 ESUG: Beispiele aus der Praxis

DURA-Gruppe, Epe-Drescher, Leiser und SOLARWATT im Schutzschirmverfahren

Seitdem das ESUG am 1. März 2012 in Kraft getreten ist, wurden bereits die ersten Insolvenzverfahren mit Schutzschirm eingeleitet (DURA-Gruppe, Epe-Drescher, Leiser Fabrikations- und Handelsgesellschaft, SOLARWATT AG).

Derzeit läuft ein großes Schutzschirmverfahren der bayerischen Schuhhandelsgruppe Leiser mit 1.400 Mitarbeitern. Die Firmengruppe hat einen Antrag auf Einleitung eines Insolvenzplanverfahrens in Eigenverantwortung und im Schutzschirmverfahren gestellt. Der vorläufig bestellte Sachverwalter hat drei Monate Zeit die Sanierung des Unternehmens einzuleiten. Die Geschäftsführung kann den Betrieb in dieser Zeit weiterführen. Im Fall Leiser hat die bisherige Geschäftsführung den Gläubigern (Banken und Lieferanten) einen Insolvenzplan vorgelegt. Der von außen gestellte Sachverwalter wird in engem Kontakt mit den Gläubigern einen Weg zum Fortbestand der Firma finden. Die derzeitige finanzielle Lage des Unternehmens ist angespannt, da kein Gewinn erwirtschaftet wird. Allerdings sei das Unternehmen nicht zahlungsunfähig. Spätestens Ende Juni 2012 muss der Restrukturierungsplan vorliegen, bis dahin werden die Geschäfte eigenverantwortlich weitergeführt. Liquidität kann das

angeschlagene Unternehmen durch die Beantragung von Insolvenzgeld schöpfen. Denn Arbeitnehmer eines insolventen Unternehmens erhalten von der Bundesagentur für Arbeit für drei Monate die Löhne. Im Zuge der Neuausrichtung seien Investitionen nötig, z.B. in ein neues Kassensystem.

2.3.3 Verbraucherinsolvenzen: die zweite Stufe der Insolvenzrechtsreform

Bei den Verbraucherinsolvenzen ist die zweite Stufe der Insolvenzrechtsreform in Sicht. Der Entwurf des Gesetzes zur Reform des Verbraucherinsolvenzverfahrens liegt derzeit den Ländern und Verbänden zur Stellungnahme vor. Die geplanten Änderungen sollen spätestens Anfang 2013 gelten. Die wichtigste Neuerung ist die Verkürzung der Wohlverhaltensperiode von sechs auf drei Jahre. Voraussetzung: Der Schuldner bedient 25 Prozent der Gläubigerforderungen und gleicht die Verfahrenskosten innerhalb dieser drei Jahre aus. Ebenso soll die Bedeutung des außergerichtlichen Einigungsversuches gestärkt werden. Gleichzeitig sollen die Rechte der Gläubiger – insbesondere die Versagungsgründe für die Restschuldbefreiung – gestärkt werden. Kritiker befürchten einen Anstieg der Verbraucherinsolvenzen, weil viele Überschuldete den Antrag auf Verbraucherinsolvenz zurückgestellt haben, um spätestens Anfang 2013 in den Genuss einer schuldnerfreundlicheren Gesetzgebung zu kommen.

Verkürzung der Wohlverhaltensperiode

2.3.4 Neuer Überschuldungsbegriff

Im Oktober 2008 hat die Bundesregierung eine wichtige Änderung der Insolvenzordnung beschlossen: eine Anpassung des Überschuldungsbegriffs. Ziel war, dass die erheblichen Verluste bei Vermögenswerten infolge der Finanzmarktkrise bei operativ gesunden Unternehmen nicht unmittelbar zum Insolvenzantrag führen müssen, sofern eine positive Fortführungsprognose für das betreffende Unternehmen besteht. Nach der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Rechtslage musste ein Unternehmer bei Vorliegen einer rechnerischen Überschuldung binnen drei Wochen einen In-

Gelockerter Überschuldungsbegriff vermeidet Insolvenzen

solvenzantrag stellen. Die Gesetzesänderung wurde bis zum 31.12.2013 verlängert. Derzeit prüft die Bundesregierung noch, wie es mit dem Überschuldungsbegriff weitergehen soll. Ändert sich an der Rechtslage nichts, wird ab 1.1.2014 wieder der alte Überschuldungsbegriff gelten.

Eine Studie der Universität Mannheim ergab jedoch, dass in diesem Fall lebensfähige Unternehmen in ein Insolvenzverfahren getrieben werden, wenn der Bundestag nicht in den nächsten Monaten das Insolvenzrecht ändert. Drei Viertel der rund 600 befragten Insolvenzverwalter, Sanierungs- und Unternehmensberater, Bankmitarbeiter und Wirtschaftsprüfer befürworteten, die derzeitige Übergangsregelung in der Insolvenzordnung zu verlängern. Denn die damaligen Marktunsicherheiten seien noch nicht ausgeräumt. Mit der aktuellen Regelung würden sich die Sanierungschancen verbessern.

Die Creditreform Wirtschaftsforschung ist der Frage nachgegangen, welche Unternehmen von einer drohenden Überschuldung betroffen sind. Zu einer bilanziellen Überschuldung kommt es, wenn die bestehenden Verbindlichkeiten die Vermögenswerte des Schuldners (die Aktiva) übersteigen. Anhand von mehr als 710.000 Jahresabschlüssen deutscher Kapitalgesellschaften aus der Creditreform Bilanzdatenbank wurde das Ausmaß der drohenden Unterbilanzierung analysiert. Als kritisch eingestuft wurden Unternehmen, deren Quotient aus Verbindlichkeiten und Vermögenswerten den Wert 0,9 übersteigt. Aus diesem Verhältnis ergibt sich, dass weniger als zehn Prozent des Vermögens mit Eigenkapital unterlegt sind und solche Unternehmen tendenziell unterkapitalisiert sind. Das Ergebnis der Untersuchung: Der Tatbestand der drohenden Überschuldung traf zum Jahresende 2010 auf 18,1 Prozent der deutschen Kapitalgesellschaften zu. Mit anderen Worten: Ende 2010 wies fast jedes fünfte Unternehmen eine ungesunde Finanzierungsstruktur auf, so dass bei einem weiteren Wertverlust des Vermögens eine bilanzielle Überschuldung und damit eine Insolvenz wahrscheinlicher werden. Ende 2008 lag dieser Wert noch bei 19,7 Prozent.

Anteil überschuldeter Firmen sinkt

■ 3 Zusammenfassung

Im ersten Halbjahr des laufenden Jahres wurden mit 15.200 Unternehmensinsolvenzen etwas mehr Insolvenzfälle registriert als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, als es noch 15.090 Firmenpleiten waren. Dass der Anstieg mit 0,7 Prozent recht moderat ausfällt, ist vornehmlich der robusten Binnenkonjunktur und der im Großen und Ganzen lebhaften Entwicklung des Bau-sektors und des Verarbeitenden Gewerbes geschuldet.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ist um 1,4 Prozent von 51.520 (Vorjahr) auf aktuell 50.800 Fälle zurückgegangen. Die Zahl der Insolvenzen ist insgesamt von 79.780 auf 78.900 Fälle gefallen. Die Zunahme der Unternehmensinsolvenzen konnte durch die gesunkene Zahl der Privatinsolvenzen aufgefangen werden.

Der volkswirtschaftliche Schaden, der durch Unternehmensinsolvenzen entstanden ist, hat im Vergleich zum Vorjahr merklich zugenommen. So ist im ersten Halbjahr 2012 ein finanzieller Schaden von 16,2 Mrd. Euro entstanden. In den ersten beiden Quartalen des Vorjahres waren es lediglich 10,4 Mrd. Euro gewesen. Dabei spielten nicht zuletzt die Großinsolvenz von Schlecker und die in Schieflage geratene Solarindustrie eine tragende Rolle. Von den 16,2 Mrd. Euro entfallen 4,6 Mrd. Euro auf die öffentliche Hand. 11,6 Mrd. Euro müssen die privaten Gläubiger tragen. Damit haben private Gläubiger pro Insolvenzfall im Durchschnitt 763.000 Euro verloren (Vorjahr: 484.000 Euro). Neben den Schäden für Kreditgeber und Lieferanten müssen bei der Betrachtung des anfallenden volkswirtschaftlichen Schadens auch die Beschäftigten insolventer Unternehmen berücksichtigt werden. Durch die Insolvenz ihres Arbeitgebers müssen in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres rund 150.000 Beschäftigte um ihren Arbeitsplatz fürchten. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, als es noch 110.000 bedrohte Arbeitsplätze waren, entspricht dies einem Anstieg von 36,6 Prozent. Durch die gestiegene Zahl an Großinsolvenzen entfällt mehr als die Hälfte des

voraussichtlichen Stellenabbau (52,0 Prozent) auf größere Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten. Dagegen ist der Anteil der Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten von 41,3 auf 28,9 Prozent gesunken.

Die Insolvenzquote unterscheidet sich je nach Bundesland stark. Die höchste Insolvenzquote besitzt Nordrhein-Westfalen mit 185 Insolvenzfällen je 10.000 Unternehmen. Zum Vergleich: Bundesländer wie Baden-Württemberg oder Bayern, die einen ähnlich starken Unternehmensbestand aufweisen, verzeichnen mit 51 bzw. 61 eine vergleichsweise geringe Insolvenzquote.

Die konjunkturelle Entwicklung in den einzelnen Hauptwirtschaftsbereichen spiegelt sich bis zu einem gewissen Grad im Insolvenzgeschehen wider. So hat sich die Insolvenzsituation im Verarbeitenden Gewerbe und im Bausektor entspannt. Im Bausektor sank die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 8,9 Prozent auf 2.160 Fälle (Vorjahr: 2.370 Fälle). Im Verarbeitenden Gewerbe wurde ebenfalls ein Rückgang registriert: In den ersten sechs Monaten in 2012 wurden 1.200 betroffene Betriebe gezählt, nachdem es im vergangenen Jahr noch 1.260 Unternehmen waren – ein Minus von 4,8 Prozent. Ganz anders stellt sich die Situation im Handel und im Dienstleistungssektor dar. Vor allem die Händler hatten ein schwieriges erstes Halbjahr: Hier stieg die Zahl der insolventen Händler um 7,9 Prozent von 2.910 Fällen im Vorjahr auf aktuell 3.140 Fälle. Deutlich geringer fiel der Zuwachs bei den Dienstleistern aus: Im Dienstleistungssektor wurde mit 8.700 Insolvenzfällen eine Zunahme von 1,8 Prozent notiert (Vorjahr: 8.550 Fälle).

Im ersten Halbjahr verlagerte sich das Insolvenzgeschehen hin zu mittleren und großen Insolvenzen. Die Zahl der Insolvenzen bei Großunternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 50 Mio. Euro ist um 33,3 Prozent gestiegen. Im letzten Jahr hatten nur 60 Großunternehmen einen Insolvenzantrag gestellt. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres waren es schon 80 Insolvenzfälle in dieser Umsatzgrößenklasse. Auch die Zahl der Insolvenzfälle bei den Unternehmen mit einem Jahresumsatz zwischen 25 und 50 Mio. Eu-

ro stieg um 33,3 Prozent (2012: 80 Fälle; 2011: 60 Fälle). Der gestiegene Anteil der mittleren und großen Unternehmen am Insolvenzgeschehen spiegelt sich auch in den Beschäftigtengrößenklassen wider. So nahm der Anteil der größeren Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten von 0,7 Prozent im Vorjahr auf aktuell 0,9 Prozent zu. Dennoch entfallen nach wie vor die meisten Insolvenzen auf die Kleinstbetriebe, die bis zu fünf Personen beschäftigen: 79,5 Prozent der Insolvenzen betrafen im abgelaufenen Halbjahr Betriebe mit weniger als sechs Mitarbeitern (Vorjahr: 79,2 Prozent).

Bei der Betrachtung des Unternehmensalters der insolventen Betriebe war von Januar bis Juni zu beobachten, dass insbesondere die Insolvenzquoten der jungen Betriebe gestiegen sind. Die Insolvenzquote in der Altersgruppe der drei- bis vierjährigen Unternehmen stieg von 116 auf 127 Insolvenzen je 10.000 Betriebe. Dagegen ist die Insolvenzbetroffenheit der etablierten Unternehmen (Gründung vor neun bis zehn Jahren) von 64 auf 60 Insolvenzfälle je 10.000 Unternehmen gesunken.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Leitung:

Michael Bretz
Telefon: (02131) 109-171
E-Mail: m.bretz@verband.creditreform.de

Redaktion:

Dr. Benjamin Mohr,
Telefon: (02131) 109-172
E-Mail: b.mohr@verband.creditreform.de
Micaela Kiener-Stuck
Telefon: (02131) 109-229
E-Mail: m.kiener-stuck@verband.creditreform.de

Alle Rechte vorbehalten

© 2012, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 28. Juni 2012